




Ausbau der Kleinkindbetreuung läuft besser als bislang angenommen

Ausbau der Kleinkindbetreuung läuft besser als bislang angenommen
220.000 fehlende Kita-Plätze dürften Makulatur sein
Nach einer Mitteilung des Deutschen Landkreistages am heutigen Montag fehlen beim Ausbau der Kleinkindbetreuung rund 11.700 Plätze. Hierzu erklärt der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Götz: "Wir begrüßen es ausdrücklich und sind sehr dankbar, dass der Deutsche Landkreistag die Befragung seiner Mitglieder durchgeführt hat. Die Ergebnisse zeigen, dass beim Ausbau der Kleinkindbetreuung deutlich weniger Plätze fehlen als bislang berechnet worden ist. Die Lage ist eindeutig besser als bislang angenommen. Selbst wenn man berücksichtigt, dass nicht alle Landkreise sich an der Umfrage des Deutschen Landkreistages beteiligt haben und dass in der Umfrage nicht der Bedarf in den kreisfreien Städten abgefragt worden ist, ist doch klar, dass die bislang angegebene Zahl von 220.000 fehlenden Plätzen Makulatur sein dürfte. Wenn in 251 Landkreisen 11.700 Plätze fehlen, ist nicht ersichtlich, dass in den restlichen Landkreisen und den kreisfreien Städten mehr als 200.000 Plätze fehlen sollen. Hier wäre es hilfreich, wenn der Deutsche Städtetag ebenfalls aktuelle Zahlen jenseits der bisherigen Berechnungen vorstellen könnte. Aber unabhängig hiervon gibt es für die bisher immer wieder praktizierte Schwarzmalerei keinen Grund. Wichtig ist jetzt, dass der erfreulicherweise geringere Fehlbedarf möglichst rasch abgearbeitet wird, um zum 1. August 2013 möglichst allen Eltern, die es wünschen, einen Betreuungsplatz anbieten zu können. Der Bund ist hier in erhebliche Vorleistung gegangen. Länder und Kommunen sind jetzt gefordert, ebenfalls zu liefern." Hintergrund: Der Deutsche Landkreistag hat 291 Landkreise, die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sind, zum aktuellen Bedarfsstand bei der Kleinkindbetreuung befragt. Insgesamt haben sich 251 und damit 86 Prozent der für den Ausbau der Betreuung unter dreijähriger Kinder zuständigen Landkreise beteiligt. Danach ist es in 69,3 Prozent der Landkreise möglich, den Rechtsanspruch zum 1. August 2013 vollständig zu erfüllen - in 22,4 Prozent der Landkreise wird es möglich sein, den Rechtsanspruch für nahezu alle Kinder zu erfüllen. Mehr Informationen unter: <http://www.landkreistag.de>
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Deutschland
Telefon: 030/227-52267
Telefax: 030/227-56115
Mail: fraktion@cducsu.de
URL: <http://www.cducsu.de>


Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

cducsu.de
fraktion@cducsu.de

Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

cducsu.de
fraktion@cducsu.de

CDU Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas. Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben. CSU Wurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.